

# R 01: Resolution: Für unser Land – Verantwortung übernehmen, Stabilität sicherstellen und die Zukunft sozialdemokratisch gestalten!

Beschlossen am 9. November 2024

## 1 Worauf es jetzt ankommt: Wirtschaftliche Innovation, außenpolitische Verantwortung 2 und sozialer Zusammenhalt

3 Die SPD und der Bundeskanzler haben im Koalitionsausschuss zuletzt einen Vorschlag  
4 vorgelegt, der die richtigen Antworten auf die drängenden Herausforderungen gibt und  
5 gleichzeitig ein Weg für verantwortungsvolles Handeln ist: **neue Impulse für die**  
6 **Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze, mehr Geld für unsere Sicherheit und die**  
7 **Unterstützung der Ukraine, die Senkung der Energiepreise und zusätzliche**  
8 **Investitionen in unser Land und eine Modernisierung der Infrastruktur.** Dieser Weg  
9 wäre gangbar gewesen, wenn alle Partner Kompromissbereitschaft zum Wohle unseres  
10 Landes gezeigt hätten. Dass die FDP nicht bereit war diesen Weg gemeinsam zu gehen,  
11 reiht sich ein in die unzähligen Beispiele aus den vergangenen drei Jahren, in denen  
12 sie, verkörpert durch ihren Finanzminister, bestehende Absprachen aufkündigte und in  
13 einer Rosinenpicker-Manier ausschließlich zu ihrem eigenen Vorteil endlose  
14 Nachverhandlungen erpresste. Christian Lindner hat sich auch am Tag als Donald Trump  
15 zum US-Präsidenten gewählt wurde, für Parteitaktik und Ideologie entschieden, statt  
16 die richtigen Entscheidungen für unser Land zu treffen. Eine Fortsetzung der  
17 Regierung war unter diesen Umständen nicht mehr möglich – der Bundeskanzler hat in  
18 der Folge richtigerweise die Entlassung des Finanzministers veranlasst.

19 Für die kommende Zeit bis zu Neuwahlen und einer neuen Bundesregierung gilt es,  
20 Stillstand zu vermeiden und jetzt auf die drängendsten Herausforderungen gemeinsam  
21 Antworten zu geben. Die genannten Herausforderungen dürfen dabei weder gegeneinander,  
22 noch gegen die grundlegenden Werte und Ziele dieses Staates ausgespielt werden:

- 23 • Investitionen in die Wirtschaft dürfen nicht in Konkurrenz zu Investitionen in  
24 Bildung und Modernisierung der Infrastruktur gesetzt werden,
- 25 • die notwendige Unterstützung der Ukraine darf in keinem Fall zu Lasten der  
26 sozialen Sicherungssysteme gehen.

27 Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten erhöht den Druck, Investitionen in ein  
28 wirtschafts- und außenpolitisch starkes Europa zu tätigen, noch einmal. Die  
29 Gleichzeitigkeit der vielen Herausforderungen macht es deshalb nötig, die im  
30 Grundgesetz vorgesehene Ausnahme von der Schuldenbremse auch zu nutzen – das Ziel des  
31 Bundeskanzlers im Koalitionsausschuss war es, einen Notlagenbeschluss zu fassen, der  
32 sicherstellt, dass auch im kommenden Jahr **alle** notwendigen Gelder bereitgestellt  
33 werden könnten. Die verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre sind nicht vorbei, sie  
34 aus haushaltpolitischem Kalkül wegzureden, ändert an ihrer realen Existenz nichts.

## 35 Übergang zu Neuwahlen – Verantwortung für Stabilität

36 Mit dem Ende der Koalition sind Neuwahlen unausweichlich geworden. Das Grundgesetz  
37 legt das Recht, die Vertrauensfrage zu stellen, bewusst in die Hände des  
38 Bundeskanzlers. Seine Verantwortung ist es, die Stabilität des Landes unter den  
39 Vorzeichen von Neuwahlen sicherzustellen. Olaf Scholz hat dazu einen Weg aufgezeigt,

40 wie Neuwahlen in der notwendigen Ordnung und unter Zurückstellung von wahltaktischen  
41 Motiven vollzogen werden können. Jetzt liegt es an der Union, ebenfalls Verantwortung  
42 für das Land zu übernehmen und notwendige Reformen noch vor einer Parlamentsauflösung  
43 zu beschließen. Vor allem der Bundeshaushalt 2025 darf in der aktuellen Weltlage  
44 keinesfalls bis weit ins kommende Jahr hinein vertagt werden.

45 CDU und CSU stehen am Scheideweg als konstruktive Opposition an der Stabilität des  
46 Landes mitzuwirken oder aus kurzfristigen Parteiinteressen zu agieren und damit die  
47 notwendige Stabilität des Landes (und Europas) zu gefährden.

48 **Es gilt: Die SPD übernimmt Verantwortung, auch in schwierigen Zeiten.** Wir übernehmen  
49 Verantwortung für dieses Land, für die Bürgerinnen und Bürger und für die Stabilität  
50 unserer Demokratie. Das hat die SPD in der Geschichte vielfach getan – und tut es  
51 auch in diesem Moment.

#### 52 **Jetzt ein starkes Wahlprogramm erarbeiten**

53 Für die Zukunft liegt in dem Ende der Koalition auch eine Chance – die FDP war viel  
54 zu oft der Bremsklotz der Ampelregierung. Die Idee einer Fortschrittskoalition mit  
55 Visionen und Plänen für die Zukunft hatte ihre Gemeinsamkeiten abgearbeitet und war  
56 deshalb bereits längst begraben. Liberale Politik war von der FDP überwiegend  
57 neoliberal gemeint, sozialliberales Denken war mit der Lupe zu suchen – nahezu alle  
58 Projekte in diesem Sinne sind im Laufe der Regierungszeit von der FDP und den  
59 zuständigen Minister\*innen verschleppt und liegengelassen worden. Dadurch hat auch  
60 die SPD in der Bundesregierung an Farbe verloren und war nicht immer als starke  
61 sozialdemokratische Kraft erkennbar. In den kommenden Monaten müssen wir deshalb auch  
62 an unserem eigenen Profil arbeiten und deutlich sozialdemokratische Themen benennen.  
63 **Die Bestimmung eines Wahlprogramms sollte zur Sicherung des Mitgliederwillens Aufgabe**  
64 **eines außerordentlichen Parteitages sein.**

65 Als Bremer SPD fordern wir für eine klar erkennbare sozialdemokratische Linie  
66 folgende wesentliche **Inhalte im Wahlprogramm** zu berücksichtigen:

- 67 • Stärkung des Industriestandort Deutschlands und Schaffung von  
68 Investitionssicherheit, insbesondere durch verlässlich wettbewerbsfähige  
69 Industriestrompreise und eine Modernisierung der Infrastruktur
- 70 • Investitionsförderung durch steuerliche Anreize bei Investitionen in  
71 klimaneutrale Produktion unter der Bedingung von Arbeitsplatzsicherung am  
72 Standort Deutschland
- 73 • Weiterführung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien anstelle einer (Teil-)  
74 Rückkehr in fossile oder nukleare Energieerzeugung. Beschleunigung des Ausbaus  
75 nötiger Infrastruktur für Erneuerbare Energien durch mehr öffentliche  
76 Investitionen, insbesondere: Unterstützung des Bundes beim Aufbau von  
77 Hafeninfrasturktur für Bau, Wartung und Recycling von Offshore-  
78 Windenergieanlagen und Konverteranlagen.
- 79 • Reform der Schuldenbremse mit dem Ziel höhere Zukunftsinvestitionen zu  
80 generieren
- 81 • Mehr Steuergerechtigkeit für arbeitende Menschen durch Steuerentlastungen für 95  
82 Prozent der Einkommensteuerzahlenden und Gegenfinanzierung durch Mehrbelastung  
83 der obersten 1 Prozent. Schließung von Steuerschlupflöchern in der

- 84 Erbschaftsteuer und Wiedererhebung der Vermögensteuer auf sehr hohe Vermögen.
- 85 • Zügige Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro, Abschaffung der sachgrundlosen  
86 Befristung und Stärkung der Tarifpartnerschaft durch Einführung eines  
87 Bundestariftreuegesetzes nach Bremer Vorbild
- 88 • Absage an die Rente mit 70 und gesetzliche Stabilitätsgarantie des  
89 Rentenniveaus.
- 90 • Die SPD ist die Partei der Solidarität mit den Schwächsten. Wir sorgen für  
91 gesellschaftlichen Zusammenhalt und bekämpfen die soziale Spaltung unserer  
92 Gesellschaft. Wir kämpfen für eine für eine bürokratiearme Kindergrundsicherung  
93 und für ein Bürgergeld, dass die Sicherung der Menschenwürde in den Mittelpunkt  
94 stellt.
- 95 • Sicherung von erstklassiger Bildung für alle Kinder, Jugendlichen und jungen  
96 Erwachsenen unabhängig vom Elternhaus
- 97 • Absage an Hass und Hetze und Rückkehr zu einer Kultur der Anerkennung der  
98 Lebens- und Arbeitsleistung, auch der Menschen mit Migrationsbiografie in  
99 unserem Land. Die SPD wird sich für einen sozialen Umgang mit Geflüchteten, eine  
100 durchdachte Migrationspolitik und eine vielfältige und offene Gesellschaft  
101 einsetzen.
- 102 Für uns ist auch klar: Friedrich Merz, der schutzsuchende ukrainische Familien  
103 „Sozialtouristen“ nennt, Lügen über Asylbewerbende streut und gegen den  
104 Klimaschutzzoll der EU wettet, ohne den die deutsche und die Bremer Stahlindustrie  
105 Geschichte wäre, darf nicht die Macht in Deutschland erhalten. Olaf Scholz hat mit  
106 seinem Handeln bewiesen, dass er das Wohl des Landes über seinen persönlichen Vorteil  
107 stellt. Wir werden hoch motiviert und mit voller Kraft bis zum Wahltag und darüber  
108 hinaus für unsere Ziele und Werte kämpfen – und für einen Bundeskanzler, der mit  
109 Besonnenheit zum Wohl der ganzen Gesellschaft arbeitet.